



# HESSISCHER LANDTAG

## **Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Ausbau des Frankfurter Flughafens - den Anti-Lärm-Pakt verwirklichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bestätigt in Anknüpfung an seine bisherigen Beschlüsse das Ergebnis des Mediationsverfahrens als Grundlage für die Entwicklung des Frankfurter Flughafens.
2. Der Hessische Landtag begrüßt den im Regionalen Dialogforum (RDF) erarbeiteten Anti-Lärm-Pakt (ALP) als bedeutenden Schritt zu einer wirksamen Reduzierung des Fluglärms im Umland des Flughafens Frankfurt. Der ALP beschreitet neue Wege zur Verringerung des Fluglärms durch die Betonung des Lärmreduktions-Ansatzes an der Lärmquelle selbst (aktiver Schallschutz) und durch die Beschreibung der Fluglärmbelastung über den vom Vorsitzenden des RDF entwickelten „Frankfurter Lärmindex“.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Regionale Dialogforum die ihm auferlegte schwierige Aufgabe trotz aller Interessensheterogenität und im schwierigen Umfeld der parallel ablaufenden förmlichen Verfahren erfolgreich gemeistert hat. Das Regionale Dialogforum hat mit seinen umfangreichen Gutachten und Erhebungen die Sachaufklärung in einem bisher nicht bekannten Maße befördert, einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und damit Konflikte rationalisiert. Der Hessische Landtag spricht den Mitgliedern des Regionalen Dialogforums, dessen Projektteams und Arbeitsgruppen, insbesondere aber dem Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Johann-Dietrich Wörner, für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.
4. In Fortsetzung seiner bisherigen Beschlüsse fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, den Anti-Lärm-Pakt als Ergebnis der Verhandlungen im Rahmen des Regionalen Dialogforums, soweit es gesetzlich möglich ist, zu berücksichtigen.

Dazu gehört insbesondere:

- (1) Der Hessische Landtag empfiehlt, in Kenntnis der im Anhörungsverfahren vorgetragenen Aspekte im Planfeststellungsbeschluss die Möglichkeit zu eröffnen, den vom RDF entwickelten Lärm-Index zur Begrenzung der Fluglärmbelastungen zu berücksichtigen. Ferner wird die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, inwieweit der Lärm-Index in die Lärm-Aktionspläne einbezogen werden kann.
- (2) Fraport, die Frankfurt anfliegenden Luftverkehrsgesellschaften, die Deutsche Flugsicherung und die zuständigen Genehmigungsbehörden werden aufgefordert, ihren jeweiligen Beitrag zur zügigen Realisierung der im ALP vorgeschlagenen aktiven Schallschutzmaßnahmen zu leisten, damit die im ALP geforderte Senkung des Lärm-Indexes um mindestens 10 % und die damit verbundene Entlastung von Fluglärm verwirklicht werden kann. Langfristig erwartet der Landtag, dass die relevanten Akteure im Sinne des dem ALP innewohnenden Gedankens eines angemessenen Ausgleichs im Gegenzug zu der erweiterten Flugbewegungskapazität eine wesentliche und nachhaltige Senkung des Lärm-Indexes über diese 10% hinaus anstreben.
- (3) Der Hessische Landtag teilt die Forderung des ALP, dass der für das Jahr 2020 prognostizierte Fluglärm eine Obergrenze darstellt, die nicht überschritten werden darf. Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Deckelung des Fluglärms zu ergreifen.
- (4) Der „Zukunftsplan Leiser Flughafen“ ist zu unterstützen.
- (5) Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelastung in den Schulterstunden (22.00 – 23.00 Uhr und 05.00 – 06.00 Uhr) und damit in der gesetzlichen Nacht zu ergreifen.
- (6) Der Hessische Landtag steht zum Nachtflugverbot als eine der fünf untrennbaren Komponenten des Mediationspaketes. Sollten aus rechtlichen Gründen dennoch Ausnahmegenehmigungen erforderlich werden, muss die Ausgewogenheit des Mediationspaketes erhalten bleiben. Unabweisbare Ausnahmen müssen daher streng begrenzt werden, um im Sinne der Stellungnahme des RDF das Nachtflugverbot „in seiner Substanz“ auf jeden Fall zu erhalten.
- (7) Der Hessische Landtag schließt sich der Aufforderung an, über das gesetzlich Erforderliche hinaus zusätzliche freiwillige passive Schallschutzmaßnahmen zu ergreifen.
- (8) Der Hessische Landtag unterstützt die Forderung nach einer Entschädigung für besonders lärmbelastete Immobilien. Der Vorschlag des ALP für ein Zwei-Stufen-Programm scheint hierfür ein geeignetes Mittel.
- (9) Der Hessische Landtag unterstützt die Forderung nach Einrichtung eines Regionalfonds, aus dem die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen des passiven Schallschutzes, des Immobilienmanagements sowie des Umwelthauses und des Forums Flughafen und Region geleistet wird. Fraport AG und Landesregierung werden aufgefordert, den Regionalfonds einzurichten und Mittel hierfür bereitzustellen. Der Hessische Landtag erwartet, dass sich darüber hinaus Lärmverursacher und vom Ausbau Begünstigte, seien es Luftfahrtgesellschaften oder profitierende Gemeinden, an der Finanzierung des Regionalfonds beteiligen.

- (10) Der Hessische Landtag begrüßt die vorgeschlagene Fortsetzung des Dialogs zwischen den Luftverkehrsakteuren und der Region und unterstützt die Einrichtung eines Forums Flughafen und Region als Nachfolgegremium des RDF. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Gründung des Forums Flughafen und Region nach Beendigung der Arbeiten des Regionalen Dialogforums zu initiieren.
- (11) Der Hessische Landtag unterstützt ferner die Einrichtung eines Umwelt- und Nachbarschaftshauses und fordert die Landesregierung auf, im Benehmen mit den relevanten Akteuren die erforderlichen Schritte zur Realisierung zu unternehmen. Insbesondere ist sicherzustellen, dass dem Umwelt- und Nachbarschaftshaus die erforderlichen Daten für das geplante Umwelt- und Sozialmonitoring zur Verfügung gestellt werden. Die Beherbergung von Fluglärmkommission und Fluglärmbeauftragten gemeinsam mit dem bestehenden Bürgerbüro des RDF unter dem Dach des Umwelt- und Nachbarschaftshauses wird als sinnvolle Arrondierung zu einer Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger erachtet.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Hessischen Landtag zu gegebener Zeit in der neuen Legislaturperiode zum Stand der Umsetzung zu Ziff. 5 zu berichten.
6. Der Hessische Landtag erneuert seine Aufforderung an die Landesregierung, im Jahre 2008 eine Verkehrskonferenz durchzuführen, die sich mit den durch den Ausbau ergebenden und nicht im Planfeststellungsbeschluß zu berücksichtigenden Veränderungen auseinandersetzt und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept erarbeitet.

Wiesbaden, 11. Dezember 2007

Für die Fraktion der CDU:  
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der FDP:  
Der Fraktionsvorsitzende

Dr. Christean Wagner (Lahntal)

Jörg-Uwe Hahn